

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags-  
Bezugspreis monatl. RM. 95.—, vierteljährl. RM. 285.—  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr RM. 315.— einschl. Postbestellgeld.  
Einzelnummern 3.50 RM. : Girokonto Nr. 50 bei der  
Oberamtsparcasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad,  
Bankkonto: Direction d. Discontogel., Zweigst. Wildb.  
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Pettizeile oder deren  
Raum RM. 8.—, auswärts RM. 10.— : Reklame-  
zelle RM. 20.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach  
Tarif. Für Inserate u. bei Anstufstellung werden  
jeweils 2 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-  
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturs-  
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 242

Gericht 179

Wildbad, Montag, den 16. Oktober 1922

Gericht 179

57. Jahrgang

### Tagespiegel

Das Urteil im Rathenau-Prozess wurde am Samstag  
nachmittag verkündet.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet, die allgemeine Fi-  
nanzkonferenz in Brüssel (23. Nov.) werde auf Wunsch Belgi-  
ens verschoben, da infolge des Marksturzes die deutschen  
Verpflichtungen von der Entschädigungskommission neu ge-  
prüft werden müssen.

Nach einer Mitteilung des Kriegsministers in der fran-  
zösischen Kammer beträgt die Stärke des französischen Heeres  
(ohne die farbigen?) 660 000 Mann. Davon stehen 6 Divi-  
sionen im Rheinland.

Die Unterzeichnung des Waffenstillstands von Madania  
soll nach der Festlegung des Reuterischen Büros auf die  
mohammedanische Bevölkerung in Indien, Persien und  
Afghanistan von „vorzüglicher Wirkung“ gewesen sein. Auch  
in den Vereinigten Staaten sei der Eindruck für England  
und Frankreich günstig gewesen. (Das war ja auch der Zweck  
der Uebung.)

Die griechische Regierung hat die Bedingungen von Ma-  
dania (Räumung Ostgalizien binnen 14 Tagen) angenom-  
men, da Griechenland gezwungen sei, der Gewalt zu weichen.

### Zur Schuldfrage

„Betrachten Sie Deutschlands Lage für Deutschland ist  
sein Heer, was für uns die Flotte ist: seine einzige Vertei-  
digung gegen einen Angriff. Deutschland hat keinen  
zwei-Mächte-Standard geschaffen. Deutsch-  
land mag ein stärkeres Heer haben als Frankreich, als Ruß-  
land, als Italien, als Oesterreich; aber es steht zwischen  
zwei Großmächten, die zusammen eine weit größere Truppen-  
zahl aufstellen können, als Deutschland sie hat. Vergessen  
Sie das nicht, wenn Sie sich wundern, warum Deutschland  
Bündnisse und Ententes fürchtet und gewisse geheimnisvolle  
Machenschaften, die in der Presse durchscheinen. . . Denken  
Sie sich, wir ständen hier vor einer Mächtevereinigung, die  
uns dem Angriff preisgibt, denken Sie sich, Deutschland und  
Frankreich oder Deutschland und Rußland oder Deutschland  
und Oesterreich hätten Flotten, die zusammen stärker wären  
als die unsrige, wären wir nicht erschreckt? Würden wir nicht  
rücken? — Selbstverständlich würden wir rücken!“

(Lord George am 23. Juli 1908 in der Queens Hall;  
Helferich, der Weltkrieg 1922, S. 31: Nach einer im eng-  
lischen Unterhaus im Juni 1913 gegebenen Auskunft be-  
trug damals die Friedensheerstärke Deutschlands 822 000,  
Rußlands 1 284 000, Frankreichs 742 000, Oesterreich-Ung-  
arns 474 000 Mann.)

### Das Urteil im Rathenau-Prozess

Leipzig, 14. Okt. Heute nachmittag 3 Uhr wurde das Ur-  
teil im Rathenau-Prozess verkündet. Es lautet: Ernst  
Werner Teichow wegen Beihilfe zum Mord 15 Jahre Zuchthaus  
und 10 Jahre Ehrverlust, der Gymnasiast Hans Bernd  
Teichow wegen Beihilfe und Begünstigung 4 Jahre 1 Mo-  
nat Gefängnis, Billy Günther wegen Beihilfe 8 Jahre  
Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, Niedrig und  
v. Salomon je 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehr-  
verlust, Tilleßen wegen Unterlassung der Anzeige 3  
Jahre Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Schütt  
und Dieckel erhielten wegen Begünstigung je 2 Monate  
Gefängnis. Die Angeklagten Steinbeck, Warnecke und  
Wohlf wurden freigesprochen, ebenso Tilleßen; letzterer  
wurde wegen verbotenen Waffenbesitzes zu 2 Monaten Ge-  
fängnis verurteilt, der Haftbefehl aber aufgehoben. Den mit  
Gefängnis bestrafte wird die Untersuchungshaft angerechnet.  
Die Urteilsbegründung sagt, die Strafen seien nicht nach  
dem Befehl zum Schutz der Republik, sondern nach dem gewöhn-  
lichen Strafrecht bemessen. Der Rathenau-Prozess sei eines der  
schlimmsten Verbrechen der Geschichte, an dessen Folgen  
Deutschland unfähig gelitten habe und noch leiden werde.

### Neue Nachrichten

Der neue Reichsdiziplinarhof

Berlin, 15. Okt. Der Reichspräsident hat folgende Mit-  
glieder des Reichsgerichts nach Maßgabe des Reichsgesetzes  
über die Pflicht der Beamten zum Schutz der Republik zu  
Präsidenten und zu Mitgliedern des Reichsdiziplinarhofs  
in Leipzig bzw. zu deren Stellvertretern ernannt: 1. zum  
Präsidenten des Reichsgerichts Dr. Simons, 2. zu seinen

Stellvertretern Dr. Senatspräsidenten: Dr. Jürgens, Dr.  
Schmidt, Dr. Lobe und Dr. Mansfeld, 3. zu Mitgliedern die  
Reichsgerichtsräte Medner und Dr. Baumgarten, 4. zu deren  
Stellvertretern die Reichsgerichtsräte Zeller, Döhn, Dr. War-  
weyer, Dr. Rieland, Müller, Rosenzweig, Dr. Weg und Sagn.  
folgende Bevollmächtigte zum Reichsrat sind zu Mitgliedern  
gew. stello. Mitgliedern des Reichsdiziplinarhofs ernannt  
worden: 1. zu Mitgliedern: Staatssekretär im preussischen  
Staatsministerium Böhre, der bayerische Gesandte in Ber-  
lin Dr. Preger, 2. zu deren Stellvertretern: der sächsische Ge-  
sandte in Berlin Dr. Gradnauer, der württ. Ministerialdirek-  
tor Dr. Red in Berlin, der badische Gesandte in Berlin  
Kiefer, der thüringische Staatsminister Fröhlich-Weimar, der  
esslinger Gesandte in Berlin Freiherr von Bisgeleben, der  
hamburgr Senator Dr. Peterjen, der mecklenburgische Mini-  
sterialdirektor Dr. Tischbein und der braunschweigische Ge-  
sandte Dr. Baden.

### Das Auswärtige Amt

Berlin, 15. Okt. Wie verlautet, ist für den wichtigsten  
Staatssekretärposten im Auswärtigen Amt, den bis jetzt von  
Simons einnimmt, der Abgeordn. Hilferding (Unabh.  
Soz.) in Aussicht genommen. Für den Ministerposten kommt  
Staatssekretär a. D. Bergmann in Betracht.

### Verschiebung der Reichspräsidentenwahl?

Berlin, 15. Okt. Das Korrespondenzblatt der Deutschen  
Rechtspartei tritt nun auch wie die Zentrums- und Sozial-  
demokratische Partei für die Verschiebung der Reichspräsidentenwahl ein. Wollte man den  
Reichspräsidenten wieder durch den Reichstag wählen lassen,  
so müßte die Verfassung noch einmal geändert werden. Der  
Wahlkampf würde das deutsche Volk in zwei Lager, für Hin-  
denburg und für Ebert, spalten. Auch sonst treten Bedenken  
auf, denen gegenüber die Verschiebung das kleinere Übel  
wäre.

Hannover, 15. Okt. Generalfeldmarschall v. Hinden-  
burg erklärt in den Blättern, daß er noch von keiner Seite  
um eine Kandidatur angegangen worden sei, er habe daher  
auch noch keine Veranlassung gehabt, die Kandidatur anzu-  
nehmen oder abzulehnen.

### Deutschland lehnt Verschärfung der Leberwahrung ab

Berlin, 15. Okt. Von amtlicher Seite wird erklärt, die  
Reichsregierung sei nicht gewillt, die Leberwahrung des deut-  
schen Finanzwesens durch den feindlichen Garantieauschuß  
weiter ausdehnen zu lassen, als seinerzeit von dem Reichs-  
finanzminister Dr. Hermes angeboten wurde. Das Wort  
und Wehe der deutschen Bevölkerung könne nicht von den  
Befehlen ausländischer Behörden abhängig gemacht werden,  
die dafür keine Verantwortung tragen. Die Pläne (die von  
Braburny stammen) seien umso weniger annehmbar, als die  
britische Regierung zu erkennen gebe, daß sie Frankreich in  
der Entschädigungsfrage mehr und mehr freies Hand göbe.

### Aus dem besetzten Gebiet

Düsseldorf, 15. Okt. Betrunkene belgische Soldaten drin-  
gen vor einigen Tagen in das Lokal eines Turnvereins in  
Oberkassel ein und erschossen einen deutschen Turner. Der  
belgische Vertreter der Rheinlandkommission hat sich nun  
ausnahmsweise veranlaßt gesehen, beim Bürgermeisteramt  
das Bedauern der hohen Rheinlandkommission auszuspre-  
chen. — Was hätte es wieder für einen Spektakel gegeben,  
wenn einen von den belgischen Kaufleuten die Strafe erteilt  
hätte!

### Die „armen“ Engländer.

London, 15. Okt. Die britische Regierung erblickt in den  
hohen Aufenthaltsgebühren, die Bayern von den Auslän-  
dern erhebt, eine Verletzung des Artikels 276 des Versailler  
Vertrags. Das Kabinett hat das Kuhnami bereits er-  
mächtigt, alle deutschen Einreiseerlaubnisgesuche ausnahms-  
los abzulehnen, falls Bayern auf seinem Standpunkt be-  
harrt. Das Kabinett erkennt andererseits an, daß dem Vor-  
gehen Bayerns berechtigte Motive zugrunde liegen und wäre  
bereit, ihnen durch Einschränkung der Passerteilung Nach-  
sicht zu tragen.

### Die „freie Hand“ Frankreichs

Paris, 15. Okt. In der Kammer erklärte der Abgeord-  
nete Marcel Hubert, die Kammer müsse einen festen Plan  
aufstellen, um Frankreich gegen den Raub der Deutsch-  
lands dauernd zu schützen (gemeint ist natürlich die Weg-  
nahme des Rheinlands). D. Schr.) und von dem bankrotten  
Reich die Zahlungen zu erhalten. Nach dem Friedensvertrag  
hätten auch die deutschen Privatvermögen für die  
Zahlung. Die Kammer müsse die Maßregeln der Regierung  
die dahin abzielen, entschlossen unterstützen.

Paris, 15. Okt. Ein Ministerrat erklärte die Vorschläge  
Braburnys auf jährige Stundung der Zahlungen  
gegen Schuldscheine für unannehmbar, auch wenn

Braburny daneben die weitestgehende Redemachung  
des deutschen Finanzwesens fordere.

Der Aktivist Braburnys in der Entschädigungs-  
kommission gilt in politischen Kreisen als bevorzucht. Als  
Nachfolger wird der britische Kriegsminister Evans ge-  
nannt.

### Der Zahlungsplan Braburnys

Paris, 15. Okt. „Petit Avenir“ teilt aus dem Entschä-  
digungsplan Braburnys folgendes mit: 1. Deutschland zahlt  
während 5 Jahren nur durch Staatswechsel. 2. Für die  
Sachleistungen hat die deutsche Reichsregierung eben-  
falls Wechsel auszustellen, für welche diejenigen Länder, die  
Lieferungen in Sachen erhalten, die Wechselbürgschaft durch  
Unterschrift mit übernehmen sollen. Deutschland seinerseits  
werde diese Tratten durch ausländische Banken beleihen  
lassen, um die deutschen Lieferanten mit ausländischen Devisen  
(Zahlungsmitteln) zu versorgen, ohne die Notenausgabe er-  
höhen zu müssen. 3. Zur Festigung des Marktwerts  
soll die Verwendung der Papiermark im Austausch wesentlich  
vermindert und durch Goldmark ersetzt werden. — Ge-  
handelt sich in dem Plan also darum, Deutschland von jeder  
wirklichen oder mittelbaren (Devisen-) Geldzahlung bei Ent-  
schädigungszahlungen auf 5 Jahre zu befreien, andererseits  
die Papiermark bei den nächsten Regelungen auszuscheiden.

### Rußland tritt auf den Plan

London, 15. Okt. Wie die „Times“ berichtet, sind in  
London Meldungen eingetroffen, daß von Moskau aus eine  
verstärkte bolschewistische Aufregung in Europa betrieben  
werden und daß besonders in Deutschland zahlreiche  
kommunistische Agenten tätig seien, um einen Aufstand  
vorzubereiten. Zwischen Sowjetrußland und Litauen solle  
ein Militärbündnis abgeschlossen werden und auch mit Per-  
sien sei ein Abkommen getroffen, nach dem Persien den roten  
Truppen den Durchmarsch durch persisches Gebiet gestatte  
um Mesopotamien anzugreifen. Endlich besteht zwischen der  
Regierung von Moskau und Angora ein Geheimvertrag,  
daß alle derzeit in Konstantinopel lebenden russischen Staats-  
angehörigen (etwa 25 000) die Sowjetregierung anzuerken-  
nen oder auszuwandern gezwungen werden sollen, falls  
Kemal in Konstantinopel die Regierung errichten werde.

München, 15. Okt. Die bayerische Regierung hat in Berlin  
Beschwerde erhoben, daß das Auswärtige Amt den Bolsche-  
wisten aus Rußland in aller entgegenkommender Weise Ein-  
reiseerlaubnis erteile und dadurch die bolschewistischen Un-  
triebe in Deutschland begünstige. (Auch die innere Beweg-  
ung des Reichs und Preussens soll vorstellig geworden sein.)

### Frankreich sucht Annäherung an Rußland

Paris, 15. Okt. Die Sendung des Führers der Radikalen  
Herriot (Bürgermeister von Lyon) nach Moskau, um  
die wirtschaftliche und politische Annäherung Frankreichs mit  
Rußlands anzubahnen, ist von Erfolg begleitet gewesen. Her-  
riot berichtet telegraphisch an Poincaré, seine Aufnahme in  
Moskau sei freundschaftlich gewesen und es seien ihm weit-  
gehende Zusicherungen für die Beibehaltung französischer  
Unternehmer in Rußland gegeben worden. Auch sonst habe  
er viel erreicht, was die Beziehungen beider Länder freundschaft-  
lich gestalten könne.

Der Londoner „Daily Telegraph“ erfährt dazu, Herriot  
habe an Poincaré gemeldet, er (Herriot) habe der Sowjet-  
regierung die Versicherung gegeben, daß die französische Re-  
gierung die (gegen England gerichtete) Haltung der Sowjet-  
regierung im Orient und die russische Unterstützung Kemals  
durchaus billige; der Zweck seiner Moskauer Reise sei, eine  
Wiederannäherung zwischen Frankreich und Rußland her-  
beizuführen. Kurz vor seiner Rückreise, meldet „Daily Tele-  
graph“ weiter, habe Herriot von Poincaré ein Telegramm  
erhalten, worin der Ministerpräsident Herriots Ansicht billigt  
und der Sowjetregierung den Dank für die freundschaftliche  
Aufnahme Herriots ausspricht.

### Die Türken ziehen sich zurück — Fortsetzung der türkischen Rückzügen

London, 15. Okt. Reuter meldet, daß sich die türkischen  
Truppen auf allen Punkten aus dem neutralen Gebiet zu-  
rückziehen, nachdem sie nunmehr von der Unterzeichnung des  
Waffenstillstandsvertrags von Madania unterrichtet worden  
sind. Die türkischen Streitkräfte seien größer, als man ange-  
nommen hatte; die Türken legen übrigens ihre Rückzügen  
fort und das Heer erfährt andauernd eine Verstärkung.  
Wenn die Friedenskonferenz sich verzögern sollte, so sei es  
wahrscheinlich, daß die türkischen Truppen dazu verwendet  
werden, einen Druck auf die Diplomaten auszuüben.

Der französische Botschafter hatte eine Unterredung mit  
dem Außenminister Lods Curzon über die Durchführung  
des Vertrags von Madania.

# Württemberg

**Stuttgart, 15. Okt. Gemäldeverksteigerung.** Die Verksteigerung der im Besitz der Königsfamilie befindlichen Kunstgegenstände im Schloß Rosenstein durch Hof- und händler Felix Fleischer hat an den beiden ersten Tagen einen Erlös von 27 1/2 Millionen Mark erbracht.

**Stuttgart, 15. Okt. Milchpreiserhöhung.** Die Eisenbahnverwaltung erhöht ab 16. Oktober die Frachtpreise für Milchbeförderung um 60 Prozent. Die Milchpreise erhöhen sich daher ab 16. Oktober um 40 3/4 für das Liter. Es beträgt demnach der Preis für das Liter Vollmilch 38.40 M., für das Liter Magermilch 19.40 M.

**Bierpreiserhöhung.** Die Brauereiarbeiter haben mit Wirkung vom 29. September ab durch Schiedsgericht eine Lohnerhöhung erhalten, ebenso wurden die Gehälter der Anzeigestellten erhöht. Infolgedessen wird voraussichtlich ab 1. November eine neue Bierpreiserhöhung erfolgen.

**Die Stuttgarter Notgeldscheine zu 50 M werden eingezogen und bis spätestens 14. November ds. Js. von der Stadtspitze zum Nennwert eingelöst.**

**Das Rudolf-Sopplenskiß bei der Wildparkstation.** Bekanntlich eine Stiftung des Geheimrats Knopf und seiner Frau für Erholungsbedürfnisse des Mittelstands, war den ganzen Sommer über voll besetzt und hat vielen zum Segen gedient. Die Verwaltung hat beschlossen, den Betrieb in den nächsten Monaten und solange es irgend geht, weiterzuführen trotz der mancherlei Schwierigkeiten, die in den Zeitverhältnissen begründet liegen.

**Stuttgart, 15. Okt. Schöffengericht.** Der 37-jährige Arbeiter vorbestrafte Buchbinder und Agent Ernst Bleichmar aus Frankfurt a. M. hat sich durch öftmalige gleichzeitige Verpfändung seiner Wohnungseinrichtung erhebliche Darlehen zu verschaffen verstanden und eine Reihe Geldgeber schwer geschädigt. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren.

**Preßeprozess.** Gegen das hiesige sozialdemokratische Blatt „Der wahre Jakob“ ist von der Staatsanwaltschaft wegen eines zum Klassenhaß aufreizenden Bilds ein Strafverfahren eingeleitet worden.

**Bontof gegen die Hodersteiner.** Die Kaffeehaus-Kabarett- und Dielenbesitzer Stuttgarts haben sich gegenüber den jüngst vom Gemeinderat beschlossenen Erhöhung der Hodersteuer von 45 auf 60 M. für die Stunde gegenseitig verpflichtet, künftig keine hodersteuerpflichtigen Veranstaltungen mehr abzuhalten.

**Ueberfahren.** Von einem Wagen der Linie 16 der Straßenbahn wurde ein 75-jähriger Mann überfahren und getötet.

**Ehlingen, 14. Okt. Stadt-Notgeld.** Die Stadtwaltung beabsichtigt, 500 M.-Notgeldscheine auszugeben.

**Tübingen, 14. Okt. Vermißt.** Seit Mittwoch früh 5 Uhr wird ein 22 Jahre alter Student vermißt. Er hat vermutlich keine Papiere und nur einen geringen Geldbetrag bei sich.

**Merzhausen, 15. Okt. Fahrplankonferenz.** In den letzten Tagen waren hier im Rathausaal Vertreter deutscher Eisenbahndirektionen versammelt, um den Eisenbahnfahrplan für den nächsten Sommer zu beraten. Es dürften auch die geplanten Einschränkungen des Winterbetriebs zur Sprache gekommen sein.

**Ehlingen, 15. Okt. Zeitgemäße Wohnung.** Der Landratschaftliche Bezirksverein richtet folgende Wohnung an seine Mitglieder: Der Landw. Bezirksverein ersucht seine Mitglieder und alle Bauern, angesichts der heurigen Missernte, der trostlosen Lage und der Not, die uns trotz aller Schönfärbereien diesen Winter droht, an der Kirchweibe alles zu vermeiden, was zum Ernst der Zeit nicht paßt und bloß Klagereiz erregen muß.

**Schramberg, 14. Okt. Erblindet.** Der verheiratete Fabrikarbeiter und Kriegsmatrose Gustav Bollmer verlor aus unbekannter Ursache plötzlich die Sehkraft. Er wurde sofort in die Klinik nach Tübingen verbracht.

**Schuffeneid, 15. Okt. Ausgrabungen.** Die Ausgrabungen im Nied haben nach Abräumung des Schutts die wohl erhaltenen Reste zweier übereinander liegender Siedlungen der jüngeren Steinzeit aufgedeckt. Zu unterst liegen Pfahlhäuser, darüber kleinere Moorhütten. Bauten aus beiden Siedlungsperioden sind aufgedeckt, ein lehrreiches Profil gibt Aufschluß über die bewegte Geschichte dieses so wichtigen Fleckchens; schöne Funde vervollständigen das Kulturbild.

**Preisauschreiben der Eisenbahn.** Der Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen schreibt Geldpreise im Gesamtbetrag von 100 000 M. zur allgemeinen Bewerbung öffentlich aus für a) Erfindungen und Verbesserungen, die für das Eisenbahnwesen von erheblichem Nutzen sind und die nützlichen Einrichtungen, den Bau und die Unterhaltung der Betriebsmittel, Signal- und Telegrapheneinrichtungen, Stellwerke, Sicherheitsvorrichtungen und sonstigen mechanischer Einrichtungen, Betrieb und Verwaltung der Eisenbahnen betreffen, b) für hervorragende schriftstellerische Arbeiten aus dem Gebiete des Eisenbahnwesens. Die Preise werden im Höchstbetrage von 20 000 M. und im Mindestbetrage von 1000 M. verlesen. Die weiteren Bedingungen für den Wettbewerb können von der geschäftsführenden Verwaltung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen, Berlin W. 9, Köthener Str. 28/29, eingeholt werden, an welche Stelle auch die Preisbewerbungen während der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis 15. April 1924 einzureichen sind.

**Eine neue Kartoffelkrankheit.** Wieder droht eine schwere Gefahr der wichtigsten unserer Gemüselorten. Es ist eine unter dem Namen „diphtheria decolorata“ bekannte Erkrankung der Kartoffel, die zurzeit in den Vereinigten Staaten und in Canada die Felder verwüstet; nachdem sie vorher schon ziemlich lange in Colorado gewütet hatte. Es muß unter allen Umständen Vorkehrungen getroffen werden, daß sie nicht zu uns nach Europa eingeschleppt wird. Man hat auch bereits strenge Vorkehrungen getroffen. Am jede Gegend, in der die Krankheit etwa auftreten sollte, muß eine Schutzzone getroffen werden, um die weitere Ausbreitung zu verhindern. Es kann sogar geschmählich die Vernichtung ganzer, von dem Uebel befallenen Kulturen angeordnet werden. Selbstverständlich ist die Einfuhr aus den verletzten Gebieten untersagt und ebenso die Benutzung von Verpackungsmaterial und Transportmaterial, das einmal zur Beförderung kranker Kartoffeln gedient hat.

**Vorschlag zur Erfassung des Amlagegetreides.** Von dem vom Reichsfinanzministerium den Kommunalverbänden zur Erfassung des Amlagegetreides zur Verfügung gestellten Vorschlag entfällt auf Württemberg die Summe von ungefähr 230 Millionen Mark. Die Ablieferung ist in den letzten Tagen reichlicher gemorden. Die Verzögerung hat ihren Grund

hauptsächlich in der spätesten Witterung, die eine außerordentliche Verspätung der Erntearbeiten im Gefolge hatten, so daß an manchen Orten die Haberente noch nicht ganz eingebracht ist, abgesehen davon, daß die Kartoffel- und Rübenente noch weit im Rückstand und bei dem nassen Boden sehr erschwert ist. Im allgemeinen ist allerdings die Begeisterung der Landwirte für die Getreideumlage begreiflicherweise nicht übermäßig groß.

**Schülerhilfe bei den Erntearbeiten.** Das württ. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens hat angeordnet, daß einzelnen Schülern zwecks Hilfsarbeiten bei der Kartoffel- und Rübenente weitgehend Urlaub in den Schulen erteilt werden kann; der Nachmittagsunterricht soll über die in Betracht kommende Zeit, wo nötig, wegfallen und bei wirklicher Notlage können in den landlichen Schulen auch nach Ablauf der ordentlichen Herbstferien weitere Ferienstage angelehrt werden.

## Württembergischer Landtag

159. Sitzung.

Stuttgart, 14. Oktober.

In seiner letzten Sitzung dieser kurzen Herbsttagung nahm der Landtag zunächst das Gesetz über die Gewährung eines Darlehens an den Verein Württ. Zeitungsverleger gegen die Stimmen der Kommunisten und einiger Bauernbündler samt den Ausschlußanträgen an, die dahin gingen, bei der Reichsregierung eine Heranziehung der Ausführungsgewinne für die Unterstützung der Presse und eine Erhöhung der Einlage in die Papiererlassklasse sowie eine frühere Ausbezahlung der Postabonnementsgelder zu verlangen. Ein kommunistischer Antrag Schneck, das gesamte Anzeigenwesen zu verstaatlichen, wurde abgelehnt.

Eine ziemlich umfangreiche Aussprache entspann sich dann aus der 2. und 3. Lesung des Gesetzes über die Abänderung des Gemeindegewahlrechts. Abg. Bod (Ztr.) erstattete den Bericht des Ausschusses für innere Verwaltung, der die Aufsichtsdauer von 6 Monaten auf 1 Jahr heraufsetzte. Bei keinen Wahlen, wo nur ein Wahlvorschlagn eingebracht wird, sollen auch Personen, die nicht auf dem Vorschlag stehen, gewählt werden. Auch der Samstag soll als Wahltag gelten. Demgegenüber beantragte Abg. Winter (Soz.) Streichung der Aufsichtsdauer, Abg. Stetter (Komm.) Streichung jeder Befristung der Wahlberechtigung. Abg. Rälberger (Dem.) empfahl für Kommunalwahlen den Samstag. Minister Graf hatte sich gegen allerhand kommunistische Angriffe zu wehren und verwarf energisch den Gedanken, daß jeder zufällig in einer Gemeinde Anwesende sich an den Gemeindegewahlen beteiligen könne. Im übrigen habe sich kein Mensch gegen die Sonntagswahlen ausgesprochen. Abg. Stetter (Komm.) stellt mit Unterstützung von Ulrich (Soz.) den Antrag, politische Gefangene zu den Gemeindegewahlen zuzulassen. Der Antrag Stetter wurde abgelehnt, desgleichen der Antrag Winter. Der Ausschlußantrag auf Zulassung der Sonntagswahl wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und Kommunisten angenommen. Bei der 3. Beratung fand aber in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 32 Stimmen ein Antrag Ulrich (Soz.) auf Verlängerung der Wahlzeit am Samstag bis 8 Uhr abends Annahme, und so wurde schließlich das ganze Gesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen. Das Haus vertagt sich auf unbestimmte Zeit, da der Haushaltsplan nunmehr im Ausschluß beraten werden muß.

## Allerlei

**Schnee.** Auf dem St. Gotthard liegt Schnee in einer Höhe von 40 Zentimeter.

**Für die Kinoindustrie.** Der Münchener Stadtrat erhebt bekanntlich 30 bis 50 Prozent Luftbarkeitssteuern von den Lichtspieltheatern. Die oberbayerische Kreisregierung hat ihre Genehmigung solcher Steuererhöhungen zurückgezogen, weil sie den Stand der Lichtspieltheater gefährden und dem Eindringen ausländischen Kapitals in die heimische Industrie Vorbehalt leisten.

**ep. Alkoholverbot für Jugendliche.** Mit dem 1. August ist in Oesterreich ein Gesetz in Kraft getreten, das die Verabreichung geistiger Getränke unter 16 Jahren in Wirtschaften u. s. f. zum eigenen Gebrauch verbietet. Besonders erfreulich war nach Mitteilung von dortiger parlamentarischer Seite, daß die Jugendvereine der verschiedenen Weltanschauungen und politischen Richtungen selber für dieses Gesetz eintraten.

**Das Schicksal des deutschen Entschädigungs-Eisenbahnmaterials.** Das an Frankreich ausgelieferte deutsche Eisenbahnmaterial, das in französischen Bahnhöfen verrostet, soll in Block an Polen verkauft werden. — **Schada um die Hönen** 110 Maschinen und 4300 Wagen.

**Wieder 30000.** Auf der wartung große bei Wägebürg gerieten drei Feldschutzwächter in der Dunkelheit mit einem Polizeimann, den sie für einen Dieb hielten, in Kampf. Ein Feldwächter wurde erschossen, ein anderer sowie der Polizeistat schwer verwundet.

**Autounfall.** Auf der Straße Königstein-Krontal (Hessen-Nassau) wurde ein mit fünf Personen besetzter Kraftwagen bei einer Wegbiegung aus der Bahn geschleudert. Drei Insassen wurden getötet, die beiden andern schwer verletzt.

**Neuere Bankbeamte.** Aus der Nebenstelle der polnischen Darlehenskasse in Königshütte (Oberschlesien) wurden vierzig Millionen deutsche Reichsmark und 150 Millionen polnische Mark (gleich 62 1/2 Mill. deutsche Mark) gestohlen. Angeblich sollten Einbrecher den Raub verüben. Es wurden aber sämtliche Angestellte der Kasse verhaftet, da dringender Verdacht besteht, daß sie den Diebstahl selbst begangen und den Einbruch nur vorgefaßt haben.

**6 Millionen gestohlen.** Einem Kaufmann in Berlin wurden von einer zufälligen Freundin, während er schlief, 3000 Dollar (7 1/2 Millionen Mark) gestohlen.

## Handelsnachrichten

**Dollarkurs am 14. Oktober 2732.80 (2728.40).** Steigerung der Zahlungsmittelnot. Die Vereinigung Württ. Banken und Bankiers hatte zur Behebung der Zahlungsmittelnot die Ausgabe von Notgeld beabsichtigt. Sie erhielt aber von der zuständigen Behörde die Genehmigung nicht, da das Reichsbankdirektorium zugestimmt habe, bis Ende nächster Woche der Reichsbank Stuttgart größere Zahlungsmittelbestände zur Verfügung zu stellen. Auch für die Monatswende werden größere Notenbefreiungen bereitgestellt.

**Erhöhung der Brennweinpreise.** Die Preise für Monopopolbranntwein mit 35 v. H. Weingeistgehalt sind auf 277 M., mit 40 v. H. auf 304 M., mit 45 v. H. auf 331 M. die Flasche und Preisversteigerung festgesetzt worden.

**Ernennung der Wagnarpreffe.** Die Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Webwaren-Fabriken hat, wie die „Textil-Woche“ berichtet, den Ausschlag auf die Liste vom 21. 8. 22 mit Wirkung vom 13. Oktober ab um 25 auf 140 v. H. ermäßigt.

**Karlsruher Produktenbörse.** In Anwesenheit zahlreicher Interessenten des Landesproduktenhandels wurde in der Karlsruher Handelskammer die Gründung der Karlsruher Produktenbörse beschlossen. Auch Stuttgart und Heilbronner Firmen waren bei der Gründungsversammlung vertreten. Nach den Sitzungen kann Mitglied der Börse jeder erbbare, selbständige Kaufmann, Landwirt, Bierbrauer, Müller und Bäckermüller werden. Als Besessenezeit wurde der Mittwoch und die Nachmittagsstunden von 3 1/2—4 Uhr bestimmt.

## Märkte

**Calw, 14. Oktober.** Dem Viehmarkt waren insgesamt 140 Stück zugetrieben. Preise bei Stieren 45 000—60 000 M., bei Rindern 70 000—100 000, bei trächtigen Kalbinnen 70 000—100 000, bei Jungtieren von 19 000—46 000 M. Handel ganz flau. Dem Pferdemarkt war nichts zugetrieben. Auf dem Schweinemarkt waren 12 Läufer und 193 Milchschweine. Bezahlt wurden für Läufer 9000—24 000 M., für Milchschweine 4500—8000 M. für das Paar. Der Handel auf dem Schweinemarkt war ziemlich lebhaft.

**Kagold, 14. Okt. Donnerstag-Markt.** Preise: 1 Pferd 163 000 Mark, Ochsen 110 000—120 000, Stiere 65 000—99 000, Rinder 51 000—129 000, Rinder und trächtige Kalbinnen 52 000—145 000, Schmalvieh 19 000—91 000, für 1 Paar Milchschweine 5500—8000 Mark, für 1 Paar Läufer 7800—19 800, bei größeren bis zu 30 000 M. Der Handel war bei Großvieh wegen des hohen Preises gedrückt, bei Schweinen lebhaft.

**Stuttgart, 15. Okt.** Auf dem Obstmarkt sieben die Preise weiter an. Äpfel 5—7, Brechobst 8—10 M., Birnen 8—8, Spalierbirnen 8—10, Quitten 8—10, Pfirsiche 8—10, Zwetschgen 8—9, Trauben 32—35, Tomaten 10—11 das Pfund. Der Gemüsemarkt war gut befahren. Kraut 3.50—4, Rotkraut 6—6.50, Kohl 3.50—6.50, Gelbe Rüben 5, rote Rüben 3, Zwiebeln 12—14 das Pfund, Sellerie 3—8, Blumenkohl 15—35, Rettich 2 bis 3, Salat 2—3, Endivie 2.50—3 das Stück.

**Stuttgart, 14. Okt. Rostobstmarkt.** Zufuhr: 27 Wagen, sämtliche Wagen aus Württemberg. Preis waggonweise für 200 Zentner 68 000—78 000 M., im Kleinverkauf 360—380 M. für den Zentner.

**Ehlingen, 13. Okt.** Auf dem hiesigen Güterbahnhof standen heute 10 Wagen Rostobst zum Verkauf. Preis 400—450 M. Verkauf flau.

## Herbstnachrichten

**Heilbronn, Stadtheller, 14. Okt.** Die allgemeine Weinlese hat am Donnerstag, 12. Okt., angefangen. Guter Mittelwein. Feste Käufe sind anscheinend noch nicht abgeschlossen, dagegen soll ziemlich viel Wein verköllt sein.

**Reichheim a. N., 13. Okt.** Oestern war der Weinmarkt flau, einige Käufe zu 12—14 000 M. Heute setzte er lebhaft ein, und es wurden viele Käufe zu 15 000 M. der Eimer abgeschlossen. Noch sehr gute Reste feil.

**Vönnigen a. N., 13. Okt.** Die Weinlese ist in vollem Gange. Die Weingärtner rechnen mit einem Preis von 30 000 M. für den Eimer.

**Reichartweilheim, 13. Okt.** Lese beinahe beendet. Größere Quantitäten verköllt ohne festen Preis. Noch viel Vorrat vorhanden.

**Schnail, 13. Okt.** Die Lese ist in vollem Gange. Menge schlägt vor, Qualität gut mittel. Waggonweise von 62—70 Grad Deckel, das meiste verköllt, noch kein fester Kauf.

**Insels Reichenau, 14. Okt.** In Tagen, wo der Winterfrost (im Februar) nicht geschadet hat, war belnabe mit einem Vollherbst zu rechnen. Durch die schlechte Witterung des Nachsommers hat Quantität und Qualität gelitten. Trotzdem waren die Trauben schön und gut ausgereift, so daß der Wein sehr brauchbar wird. Es wurden insgesamt etwa 13 500 Hilo Traminer, 33 000 Hilo rote und 82 000 Hilo weiße Trauben im Winterkeller angeliefert. Außerdem liegen noch einige tausend Hektoliter Weißwein in den Bürgerkellern.

**Durckhausen O. Lufflingen, 15. Okt.** Hohe Grundstückspreise. Bei einem Feldverkauf bewegten sich die Preise für 1 Ar zwischen 24 000 und 30 000 M. Ein 18 Ar großes Grundstück wurde mit 120 000 M. bezahlt.

## Wetter-Bericht

Neue Störungen im Westen werden die Herrschaft des Hochdrucks in Süddeutschland wieder beeinträchtigen. Daher ist mehrfach Regen, kühles und auch zeitweilig regnerisches Wetter zu erwarten.

## Ein Raubtierkampf im Tiergarten

Ein aufregender Raubtierkampf im Bärenkäfig des Hamburger Tiergartens führte zum Tod eines wertvollen Amurjärens. Dieses Tier gelangte dadurch, daß der Wärter verheißentlich die Verbindungstür zwischen zwei Zwingern offengelassen hatte, in den Käfig eines Eisbärenpaares, das sofort während über den Bären herfiel und sich in ihn verbiß. Der Versuch der Wärter, die Tiere mit Eisenstangen zu trennen, mißlang. Im Verlauf des Kampfes gerieten der Amurbär und einer der Eisbären in den Nachbarkäfig. Nachdem man schnell die Verbindungstür herabgelassen hatte, so daß der eine Eisbär von den ringenden Bestien getrennt war, gab man dem Ersuchen des Meisterringers Fred Marcussen tat, ihn zu dem ringenden Bärenpaar hineinzu lassen. Marcussen hieb abwechselnd mit einem Holzstück und einer Eisenstange auf den Eisbären ein, der dann auch nach einiger Zeit betäubt von seinem Opfer abließ, das allerdings schon verendet war. Der Eisbär erhob sich bald wieder. Die Besucher des Zoos waren scharenweise herbeigeströmt und feierten den Anseh Marcussen mit einem großen Applaus.

## Consum- und Sparverein Wildbad e. G. m. b. H.

### An unsere Mitglieder!

Um der z. Zt. herrschenden Bargeldnot einigermaßen zu steuern, haben wir uns entschlossen, unseren titl. Mitgliedern so weit als möglich entgegenzukommen.

Wir nehmen Schecks von hiesigen und Pforsheimer Firmen in Zahlung, wenn mindestens für 20 %, das ist 1/5 der Summe, auf die der Scheck lautet, in unserem Laden Waren eingekauft werden.

Wir erwarten von der Einsicht unserer Mitglieder, daß sie diese Einrichtung zu würdigen wissen und für Nichtmitglieder keine Schecks einlösen.

Der Vorstand.

**Glycerin-Toilettseife, Lanolin-Seifen, Mandel-Seifen.**  
A. u. W. Schmit Med.-Drogerie.